



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

Medienmitteilung

Chur, 30. März 2020

Rasche Lösung für Selbständige erforderlich

Die BDP Graubünden begrüsst das 80 Millionen-Paket der Bündner Regierung zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen für die Wirtschaft. Sie fordert die Regierungen von Bund und Kanton auf, dass für Selbstständigerwerbende und Kleingewerbe schnellstmöglich eine Lösung nachgelegt werden muss, um diese vor Konkursen zu retten.

Die Bündner Regierung hat ein 80 Millionen-Paket mit verschiedenen Stützungsmaßnahmen als Ergänzung zu den Massnahmen des Bundes zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen präsentiert. Die BDP Graubünden begrüsst die Massnahmen der Regierung zur Überbrückung der Liquidität. Damit sollen von der Coronakrise finanziell betroffenen Unternehmen Arbeitsplätze und Einkommen weitgehend gesichert werden können. Angesichts der sehr guten Abschlussrechnung des Kantons, welche einen Gewinn von über 115 Mio. Franken ausweist, ist die BDP der Meinung, dass der Umfang des Massnahmenpakets in dieser ausserordentlichen Lage und wenn nötig, nach oben angepasst werden soll.

Besorgt ist die BDP allerdings um die Selbständigerwerbenden und um das Kleingewerbe. Diese fallen bisher durch die Maschen aller Hilfspakete von Bund und Kanton. «Für die muss nun schnell eine Lösung gefunden werden. Sie leben oft von der Hand in den Mund, haben kein Polster und spüren die Auswirkungen direkt», so Beno Niggli, Präsident der BDP Graubünden.

Gemeinden sollen nachziehen

Die BDP unterstützt die Empfehlungen der Regierung, dass auch die Gemeinden Kulanz bei Zahlungsfristen, Verzicht auf Verzugszinsen und Mahngebühren zeigen sollen. Sie wünscht sich, dass die öffentliche Hand auf allen Stufen Massnahmen für die Abfederung der schwierigen wirtschaftlichen Lage für die Geschädigten beschliesst.

Wo möglich soll weitergearbeitet werden

Der Bürgerlich-Demokratischen Partei scheint es wichtig, dass Unternehmen, welche den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäss den Auflagen des Bundesamtes für Gesundheit sicherstellen können, weiterarbeiten müssen. So wird sichergestellt, dass die Wirtschaft nicht komplett zum Erliegen kommt.

Kontakt:

Beno Niggli, Grossrat und Präsident der BDP GR, 079 327 39 63